

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

01.09.2021

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Öko-Mängel in grünen Gewerbeparks**  
*Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 01.09.2021* ..... 3
- 2 | **Ausstellung beleuchtet Suche nach nuklearem Endlager**  
*FOCUS online, 31.08.2021* ..... 5

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 01.09.2021 | S. 15-SEITE 15

📄 Auflage: 19.350 | Reichweite: 44.976

👤 Torsten Roth

## Öko-Mängel in grünen Gewerbeparks

### Land wird selbst gesetzten Kriterien für saubere Industriestandorte nicht gerecht

Öko-Trend auf dem Industriefeld: MV will sich als grüner Produktionsstandort profilieren. Mit dem gerade vereinbarten Industriekonzept setze das Land auf die „Ansiedlung sauberer Industrien“, wirbt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) derzeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit. In fünf bis zehn Jahren würden sich neue Ansiedlungsperspektiven bieten, „wie wir sie in *Mecklenburg-Vorpommern* noch nie hatten“, meinte sie erst jüngst beim Jahresempfang der Arbeitgeberverbände.

Die *Wirtschaftsförderer* treffen damit einen Nerv der Investoren. „Die Nachfrage nach sauberen Industrie-flächen ist spürbar“, beobachtet MV-Chefiansiedler Michael Sturm von der landeseigenen *Wirtschaftsförderergesellschaft* Invest in MV. In Gewerbegebieten, in denen der eigene Strom produziert werde, könnten Industriekunden mit geringeren Strompreisen rechnen, da die bisher fälligen Netzentgelte wegfallen würden. Ernährungswirtschaft oder Automobilindustrie: Das stoße in allen Branchen auf Interesse, meinte Sturm.

Ohnehin habe sich MV schon seit langem als Öko-Stromproduzent einen Namen gemacht. Offshore-Windparks vor der Küste MVs, Windkraftanlagenbauer Nordex und Siemens, Servicefirmen entlang der Küste, Zulieferfirmen: Jetzt sollen weitere Investoren hinzukommen. Derzeit seien allein sieben Investitionsprojekte aus dem Energiebereich im Gespräch, erklärte Sturm.

Allerdings: Den Öko-Ansprüchen wird das Land nicht immer gerecht. So ist für Kritiker beispielsweise die Ausweisung des neuen Gewerbegebietes Grabow an der Autobahn 14 als grüner *Wirtschaftspark* zweifelhaft. Standorte, die erneuerbare Energien anbieten könnten, seien künftig im Vorteil, warb Schwesig noch Mitte August für den neuen Park.

Dort würden „die guten Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Bei der Produktion von Strom und Wärme auf der Basis erneuerbarer Energieträger. Und durch

die Ansiedlung sauberer Industrien und anderer Unternehmen, die auf erneuerbare Energien umstellen“, meinte die Regierungschefin. Grabow wolle mit dem Gewerbegebiet die Kriterien an ein grünes Gewerbegebiet erfüllen, lobt sie noch.

Wohl kaum: Mit ihrem Einsatz für Grabow beginnt Schwesig ihre Standortwerbung ausgerechnet mit einem Gewerbegebiet, das die vom Land selbst gesetzten Kriterien nicht erfüllen kann – „nie erreichen wird“, meinte Corinna Cwielag, Landeschefin des Bundes für Umwelt und Natur (BUND). Neben der Nutzung von erneuerbaren Energien, die in der Region erzeugt werden, und Maßnahmen zur Energieeffizienz gehört ein sparsamer und effizienter Flächenverbrauch zu den drei vom Land gesetzten Maßgaben an saubere Produktionsfelder.

Da kann Grabow aber kaum mithalten. So sollen nach der Rodung von 200 Hektar Wald für den Bau der Trasse der umstrittenen Nord-Süd-Autobahn 14 in Südwestmecklenburg nun unmittelbar an der Anschlussstelle Grabow weitere knapp 40 Hektar Wald für den Gewerbebestandort geopfert werden – zerstörte Feuchtbiotope und Bruchwälder, ein abgeholzter Wald am Rand eines Schutzgebietes. Mit Millionen des Steuerzahlers: 38 Millionen Euro Infrastrukturförderung buttert das Land für die Erschließung des Gebietes in Grabow zu.

Auch andere grüne *Wirtschaftsgebiete* in MV verfehlen Kritikern zufolge einige der selbst gestellten Anforderungen: An drei Gewerbebeständen hat das Land inzwischen das Label „G<sup>3</sup> – Grünes Gewerbegebiet“ vergeben – Grevesmühlen, Hagenow und Parchim. Gewerbegebiete in denen der eigene erneuerbare Strom produziert wird – das stößt selbst bei BUND-Landeschefin Cwielag auf Zustimmung. Nur: „Da ist noch Luft nach oben“, meinte sie. So könne nahezu keiner der Standorte das geforderte Mobilitätskriterium erfüllen. Es fehle den Standorten die Anbindung ans Bahnnetz, sodass die Ansiedlung von Unternehmen nur für mehr Straßenverkehr sorgen werde.

Beispiel Industriepark Schwerin: Für 20 Millionen Euro wollte das Land das Gebiet ans Schienennetz anschließen, versprach **Wirtschaftsminister** Harry Glawe (CDU) 2012 beim Investitionsstart für das neue Kaffee-

kapselwerk von Nestle. 2014 sollten die Züge rollen. Inzwischen sind die Pläne längst in der Schublade gelandet – die Bahn auf dem Abstellgleis.



📖 FOCUS online | 31.08.2021 | S. online

🔗 WEBLINK

## Ausstellung beleuchtet Suche nach nuklearem Endlager

Die Suche nach einem Endlager für nukleare Abfälle in Deutschland ist seit Dienstag Thema einer Ausstellung im Natur-Info-Zentrum Müritzeum in Waren an der Müritz. Die Schau unter dem Motto „suche:x“ besteht aus etwa 20 beleuchteten Tafeln, in denen das Verfahren erläutert wird, das bis 2031 zu einem Endlager-Standort führen soll.

Dies organisiert die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) unter Aufsicht des Bundesamtes für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung (BASA). Die Ausstellung wird zum ersten Mal nach der Vorstellung erster BGE-Planungen im Herbst 2020, als erste Teilgebiete benannt wurden, wieder im Nordosten gezeigt.

Laut BGE sind 46 Prozent des Territoriums in Deutschlands nach Sichtung geologischer Daten nicht für ein

Endlager geeignet. 90 Teilgebiete, die 54 Prozent des Territoriums umfassen, sollen weiter untersucht werden. Dazu gehören vier MV-Teilgebiete wie die Müritzregion, Südwestmecklenburg und Rügen sowie 17 Teilgebiete in Brandenburg. Geplant sind in zwei Phasen auch eigene oberirdische und unterirdische Messungen.

Die Ausstellung gebe auch Auskunft, wie die Beteiligung der Öffentlichkeit in den nächsten Jahren geplant sei, erklärte ein Sprecher des Bundesamtes. „Einen ersten Fahrplan, wie und mit welchem Zeithorizont die weitere Eingrenzung abgeschlossen wird, hat die BGE für Frühjahr 2022 angekündigt“, sagte der Sprecher. Die Ausstellung wird bis 9. September in Waren zu sehen sein.